

Markus Marterbauer

Konjunkturerholung gewinnt an Kontur

Prognose für 2004 und 2005

Im Zuge der Konjunkturerholung wird sich das Wachstum des BIP, getragen von Exporten, Sachgütererzeugung und Ausrüstungsinvestitionen, von real 0,7% im Jahr 2003 auf 1,7% 2004 erhöhen. In den letzten Monaten haben sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für einen Konjunkturaufschwung merklich verbessert. Allerdings bleiben Risiken bestehen – vor allem die markante Aufwertung des Euro könnte die Erholung bremsen. Deshalb ist der Ausblick auf das Jahr 2005 von +2½% noch ungesichert. Entgegen den Erfahrungen vergangener Konjunkturzyklen löst die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums keine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosenquote verharrt aufgrund des starken Anstiegs des ausländischen Arbeitskräfteangebotes bei 4,5% der Erwerbspersonen.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. • Abgeschlossen am 17. Dezember 2003.
E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Das Wirtschaftswachstum blieb in Österreich im Jahr 2003 mit real +0,7% zum dritten Mal in Folge beträchtlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Mit der Wirtschaftskrise der letzten Jahre waren erhebliche Wohlfahrtsverluste verbunden. Nun deuten zahlreiche Indikatoren auf eine Überwindung der Stagnation hin. Die Impulse kommen vom Aufschwung der Weltwirtschaft. Vor allem China entwickelt sich mit einer hohen Wirtschaftsdynamik zu einem wesentlichen Wachstumspol nicht nur im asiatischen Raum. In den USA hat sich der Aufschwung gefestigt, er ist nicht mehr nur von Steuersenkungen und der Ausweitung der Militärausgaben getragen. Diese positiven Impulse werden sich auch auf die Wirtschaft im Euro-Raum übertragen, die noch immer von einer Schwäche der Binnennachfrage beeinträchtigt wird. Allerdings wird die Konjunkturerholung in den Ländern der Währungsunion verhalten ausfallen. Die deutliche Überbewertung des Euro gegenüber dem Dollar bremst das Export- und Investitionswachstum erheblich, und die Budgetpolitik wird auch in den kommenden Jahren restriktiv bleiben. In Deutschland wird die Exportwirtschaft vom Aufschwung des Welthandels profitieren, zudem könnte die Krise der Bauwirtschaft ihren Tiefpunkt langsam überwinden; somit dürfte das Wirtschaftswachstum mittelfristig wieder zum Durchschnitt der Euro-Länder aufschließen.

Getragen von einer Belebung der Gesamtnachfrage der wichtigsten Handelspartner sollte sich die österreichische Warenausfuhr allmählich erholen; sie bildet den wichtigsten Motor für einen Aufschwung der Gesamtwirtschaft. Allerdings erleiden die heimischen Exporteure aufgrund des Anstiegs des real-effektiven Wechselkurses für Industriewaren (2003 +2¼%) und schwieriger Bedingungen in den Beitrittsländern leichte Marktanteilsverluste. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie hat sich gemessen an den relativen Lohnstückkosten gegenüber den Handelspartnern mittelfristig jedoch deutlich verbessert (1998/2002 –10%). Der Anteil der Warenausfuhr am BIP nimmt weiter zu und könnte im Jahr 2004 36% erreichen. Damit geht eine Beschleunigung des Exportwachstums von real +2% im Jahr 2003 auf +5% im Jahr 2004 einher. Somit kann auch die Sachgütererzeugung nach zwei Jahren der Stagnation wieder kräftig ausgeweitet werden; das Wachstum der Wertschöpfung wird 2004 real 3% erreichen und dürfte sich in Folge weiter erhöhen.

Die Warenimporte wuchsen im Jahr 2003 merklich rascher als der Export, der Saldo der Handelsbilanz hat sich verschlechtert. Dies ist die Folge einer unerwartet starken

Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen. Die Nachfrage nach Fahrzeugen, Maschinen und Elektrogeräten erhöhte sich, angeregt durch die Investitionszuwachsprämie, vor allem im II. und III. Quartal deutlich. Dies spiegelt sich auch im regen Umsatzwachstum im Großhandel. Erst 2004 und 2005 sollte sich die Investitionstätigkeit auch konjunkturbedingt verstärken, sie könnte eine Rate von real +4% bzw. +6% erreichen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		2000	2001	2002	2003	2004	2005
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,4
Nominell		+ 4,9	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,9
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real							
Handel, real		+ 3,7	- 0,0	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,4
Private Konsumausgaben, real		+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,1
Bruttoanlageinvestitionen, real							
Ausrüstungen ²⁾		+ 11,8	- 2,1	- 5,2	+ 3,5	+ 4,0	+ 6,0
Bauten		+ 1,9	- 2,5	- 0,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9
Warenexporte ³⁾							
Real		+ 13,1	+ 7,5	+ 5,2	+ 2,0	+ 5,0	+ 7,0
Nominell		+ 15,6	+ 6,5	+ 4,2	+ 1,5	+ 5,0	+ 7,5
Warenimporte ³⁾							
Real		+ 10,9	+ 5,7	+ 0,8	+ 3,3	+ 5,0	+ 7,0
Nominell		+ 14,7	+ 5,0	- 2,0	+ 2,5	+ 5,0	+ 7,5
Leistungsbilanzsaldo							
	Mrd. €	- 5,36	- 4,13	+ 0,75	+ 0,19	+ 0,36	+ 0,52
	in % des BIP	- 2,6	- 1,9	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Sekundärmarktrendite ⁴⁾							
Verbraucherpreise	in %	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,4
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾		3,7	3,6	4,3	4,5	4,5	4,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		5,8	6,1	6,9	7,0	7,1	7,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾		+ 1,0	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,0
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)							
	in % des BIP	- 1,5	+ 0,3	- 0,1	- 0,9	- 0,9	- 0,6

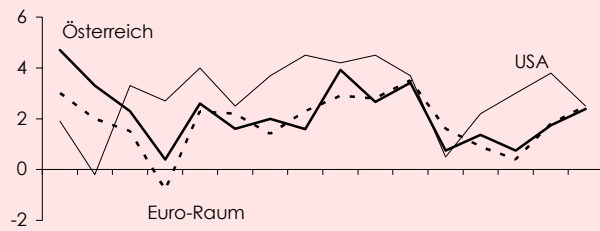
¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Laut Eurostat. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Unselbständig Beschäftigte ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienler.

Unter den inländischen Nachfragefaktoren stützten im Jahr 2003 die Bauinvestitionen die Konjunktur (real +1¾%). Dafür spielte der beschleunigte Ausbau der Schienen- und Straßeninfrastruktur eine tragende Rolle. Nun beginnt sich auch die Nachfrage im Wohnbau, die von 1999 bis 2002 markant zurückgegangen war, zu erholen. Ausgehend von einem Tiefpunkt von 42.000 fertig gestellten Wohnungen im Jahr 2001 lässt der Anstieg der Zahl der Baubewilligungen eine Belebung erwarten. Die Bauwirtschaft wird auch 2004 und 2005 um fast 2% pro Jahr wachsen.

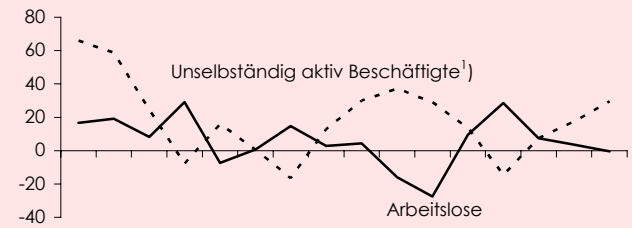
Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen in den letzten drei Jahren real um mehr als 1 Prozentpunkt pro Jahr langsamer als im langjährigen Durchschnitt. Der Einzelhandel und andere Dienstleistungsbereiche litten unter der schwachen Entwicklung von Nettoeinkommen und Nachfrage. Für die kommenden Jahre zeichnet sich eine langsame Aufwärtstendenz ab. Zwar erhöhen sich Pro-Kopf-Einkommen und Beschäftigung, aber auch die Sparquote weist einen steigenden Trend auf. Der private Konsum wird deshalb in den kommenden Jahren real um etwa 2% zunehmen. Die Wertschöpfung könnte im Einzelhandel um 1½% bis 2% pro Jahr wachsen; dies gilt auch für den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Etwas kräftiger dürfte die Erholung im Realitätenwesen ausfallen, das von steigender Nachfrage im Wohnungsbereich profitiert; allerdings bestehen erhebliche Überkapazitäten an Bürobauteilen. Im Beherbergungs- und Gaststättenwesen wird die Wertschöpfung um mehr als 2% pro Jahr wachsen. Neben steigenden Ausgaben der Österreicher spiegelt dies auch ein Aufleben des internationalen Tourismus wider. Der negative Effekt der Aufwertung des Euro auf den heimischen Reiseverkehr wird durch die positiven Auswirkungen der Erholung der Einkommen in wichtigen Herkunftsländern mehr als kompensiert.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

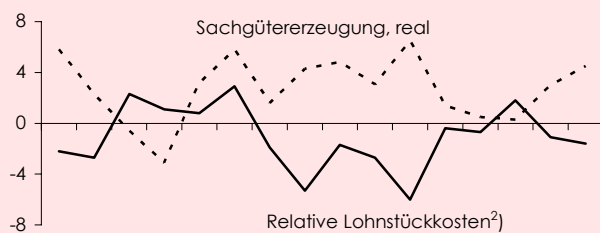
Wirtschaftswachstum
In %



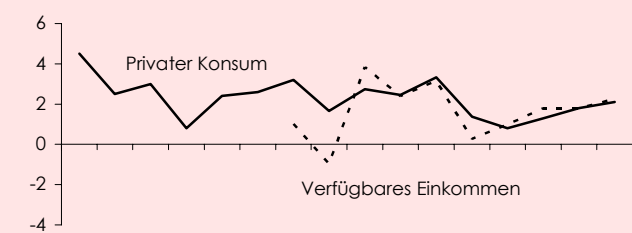
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



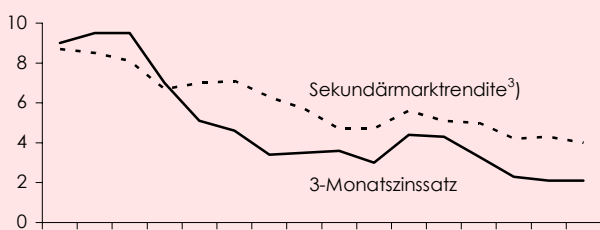
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion
Veränderung gegen das Vorjahr in %



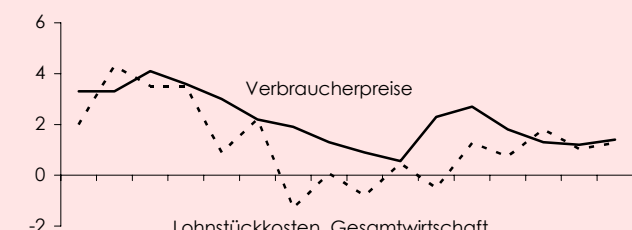
Konsum und Einkommen privater Haushalte
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



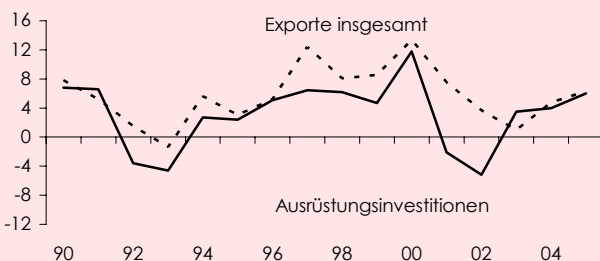
Kurz- und langfristige Zinssätze
In %



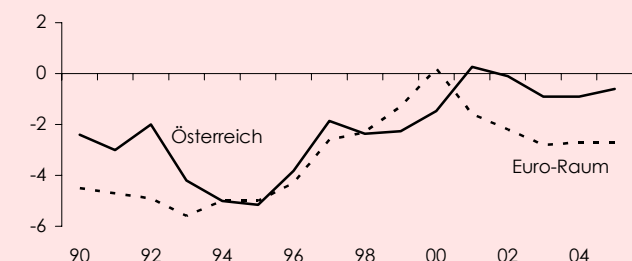
Preise und Lohnstückkosten
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Export und Investitionen
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates
In % des BIP



1) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – 2) In der Sachgütererzeugung, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Die Konjunkturbelebung löst keine Beschleunigung der Inflation aus. Die Preisstabilität bleibt mit einer Inflationsrate von 1¼% im Jahr 2004 gewahrt, und auch 2005 ist auf Verbraucherebene mit einem Preisauftrieb von nur knapp 1½% zu rechnen.

Die Wirtschaftskrise der letzten drei Jahre kam im kräftigen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen (saisonbereinigt seit Jänner 2001 +58.000) am deutlichsten zum Ausdruck.

Trotz allmählicher Konjunkturerholung zeichnet sich keine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ab. Zwar reagiert die Zahl der aktiv Beschäftigten sensibel auf die Steigerung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die Arbeitslosigkeit geht aber aufgrund der kräftigen Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes nicht zurück. Neben der Erleichterung des Zugangs für ausländische Arbeitskräfte, die schon länger in Österreich sind, ist dies vor allem eine Folge der lockeren Handhabung der Saisonierregelungen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahr 2005 bei 243.000 liegen, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 7% der unselbständigen Erwerbspersonen und 4,5% der Erwerbspersonen laut Eurostat.

Im Jahr 2003 erhöhte sich das Defizit der öffentlichen Haushalte wegen des konjunkturbedingt schwachen Abgabenaufkommens und steigender Ausgaben für Kinderbetreuungsgeld und Altersteilzeit deutlich. Es dürfte etwa 0,9% des BIP betragen haben. 2004 wird der Finanzierungssaldo etwa gleich hoch sein; begünstigt durch höhere Steuereinnahmen infolge der Konjunkturerholung könnte er sich im Jahr 2005 leicht verbessern (-0,6% des BIP). Diese Prognose umfasst nicht eine von der Bundesregierung angekündigte Steuersenkung im Jahr 2005, da bislang Detailinformationen fehlen. Sollte die Steuerreform mit einem Volumen von 2½ Mrd. € sowohl die Lohn- und Einkommensteuer als auch die Körperschaftsteuer umfassen und überwiegend durch eine Ausweitung des Budgetdefizits finanziert werden, so lassen erste Schätzungen erwarten, dass das Wirtschaftswachstum kurzfristig um gut ½ Prozentpunkt beschleunigt und das Passivum im Finanzierungssaldo um knapp 1% des BIP erhöht würde. Das WIFO wird eine genauere Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen Folgen der Steuerreform aber erst nach Vorliegen konkreter Informationen über Struktur, Verteilungswirkungen und Finanzierung vorlegen.

Asien bildet Wachstumspol der Weltwirtschaft

China entwickelt sich mit beeindruckender Geschwindigkeit nicht nur zu einer wesentlichen Größe der Weltwirtschaft, sondern auch zu einem wichtigen Motor der Konjunkturerholung.

Weltwirtschaft und Welthandel wuchsen 2003 mit +3¼% nur wenig rascher als im Jahr zuvor. Allerdings unterscheidet sich die Dynamik zwischen den großen Wirtschaftsräumen erheblich. Asien bildet den wichtigsten Wachstumsmotor, in den USA hat sich die Expansion im 2. Halbjahr markant beschleunigt. Im Euro-Raum hat die Wirtschaft den unteren Wendepunkt des Konjunkturzyklus durchschritten, allerdings kommt die Erholung nur verhalten voran. Das Wachstum des Welthandels dürfte sich im Jahr 2004 merklich beschleunigen und eine Rate von +6½% erreichen. Das bedeutet für die Wirtschaft des Euro-Raumes, die unter der Schwäche der Inlandsnachfrage leidet, einen wichtigen Konjunkturimpuls.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real						
OECD insgesamt	+ 3,9	+ 0,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,4
USA	+ 3,7	+ 0,5	+ 2,2	+ 3,0	+ 3,8	+ 2,5
Japan	+ 2,8	+ 0,4	- 0,4	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,8
Asien (ohne Japan)	+ 6,8	+ 5,2	+ 6,0	+ 6,0	+ 6,5	+ 6,8
EU 25	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,9	+ 2,1	+ 2,6
EU 15	+ 3,5	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,5
Euro-Raum	+ 3,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,8	+ 2,5
Deutschland	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,2	± 0,0	+ 1,3	+ 2,2
Beitrittsländer ¹⁾	+ 4,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,5	+ 4,0
Welthandel, real	+12,4	+ 0,2	+ 3,4	+ 3,8	+ 6,5	+ 6,0
Marktwachstum Österreichs ²⁾	+13,1	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,8	+ 5,5	+ 6,5
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾						
Insgesamt	+31,0	-10,0	+ 1,0	+17,0	- 3,0	+ 2,0
Ohne Rohöl	+ 3,0	- 6,0	- 1,0	+12,0	+ 4,0	+ 4,0
Erdölpreis ⁴⁾	\$ je Barrel	28,0	23,6	24,1	29,0	27,0
Wechselkurs	\$ je Euro	0,924	0,896	0,945	1,13	1,16
					1,16	1,14

¹⁾ Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. - ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. - ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis, 2000 = 100. - ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Die chinesische Wirtschaft ist zu einem bedeutenden Faktor für Asien und den Weltmarkt geworden. Zwar ist die Erfassung des BIP und seiner Veränderung mit vielfältigen Problemen und Unsicherheiten verbunden; Niveau und Dynamik der offiziellen Wirtschaftsdaten sind jedoch beeindruckend. Das BIP erreicht zu Kaufkraftparitäten bereits 13% der Weltwirtschaftsleistung, die chinesische Wirtschaft ist demnach fast gleich groß wie jene des Euro-Raumes und fast doppelt so groß wie jene Japans. Die Wirtschaft wächst unter den günstigen Rahmenbedingungen strikter Kapitalverkehrskontrollen und eines festen Wechselkurses gegenüber dem Dollar stetig um fast 10% pro Jahr; allerdings ist das Wachstum zwischen den Regionen und sozialen Gruppen sehr ungleich verteilt. Gleichzeitig erhöht sich die Außenhandelsverflechtung rasch. Der Güterexport expandiert um etwa 30% pro Jahr. Die starke Ausweitung der Nachfrage zieht aber auch ein kräftiges Importwachstum nach sich, es dürfte 2003 bei etwa 40% gelegen sein.

Aufgrund der Impulse, die von der Nachfrage in China ausgehen, und der weltweiten Erholung des High-Tech-Sektors beschleunigt sich auch die Wirtschaftsentwicklung in Südostasien. Selbst die träge japanische Wirtschaft wächst nun seit mehreren Quartalen stetig: Aufgrund der Beschleunigung der Exportsteigerung, aber auch einer allmählichen Festigung der Investitionen dürfte sich das BIP im Jahr 2003 real um 2¼% erhöht haben. Der Aufschwung könnte 2004 durch die effektive Aufwertung des Yen und die anhaltende Deflation, die eine Belebung des privaten Konsums behindert, etwas gedämpft werden.

In den USA beschleunigte sich der Konjunkturaufschwung im III. Quartal 2003 markant und hat nun alle Nachfrageaggregate erfasst. Die privaten Haushalte weiten ihre Konsumausgaben kräftig aus. Dazu tragen auch die Steuersenkungen bei, die im Juli wirksam wurden. Die Ausweitung der Rüstungsausgaben und anderer Aggregate des öffentlichen Verbrauchs stützen ebenfalls das Wirtschaftswachstum. Unter dem Gesichtspunkt der Konjunkturbelebung erscheint vor allem die Aufwärtstendenz der Investitionen in Ausrüstungen und Software vielversprechend. Die Unternehmen des Industriesektors zeigen sich deutlich zuversichtlicher, Auftragseingänge und Produktion haben sich verstärkt. Im Jahr 2003 dürfte die Wirtschaft real um 3% gewachsen sein. Derzeit gibt es keine Anzeichen für ein rasches Ende des Konjunkturaufschwungs, das BIP könnte im Jahr 2004 um fast 4% zunehmen.

Allerdings bestehen einige Risiken für eine dauerhafte Expansion. Das wichtigste liegt in der Überbewertung der Immobilienmärkte: Häuser- und Wohnungspreise stiegen in den letzten zehn Jahren drastisch und trugen wesentlich zum Boom von Konsumausgaben und Bauinvestitionen und damit zum hohen Wirtschaftswachstum bei. Wenn die spekulative Blase auf den Immobilienmärkten platzt, könnte dies umfangreiche gesamtwirtschaftliche Finanzierungsprobleme nach sich ziehen. Ein zweites Risiko betrifft die öffentlichen Haushalte und die Bereitschaft der internationalen Investoren, in Dollar zu veranlagen: Das Defizit des Gesamtstaates dürfte im Jahr 2003 zwischen 5% und 6% des BIP betragen und wird 2004 weiter steigen. Nach den Präsidentschaftswahlen im November 2004 sind Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen unausweichlich. Das könnte das Wirtschaftswachstum erheblich dämpfen; für 2005 wird deshalb ein Zuwachs des BIP von nur noch 2½% erwartet.

Die Wirtschaft des Euro-Raumes hinkt merklich hinter der Expansion der Weltwirtschaft nach. Das reale BIP stagnierte zwischen dem III. Quartal 2002 und dem II. Quartal 2003; erst im III. Quartal belebte sich der Export, und das BIP stieg gegenüber dem Vorquartal um 0,4%. Die Binnennachfrage blieb aber schwach, der Abwärtstrend der Ausrüstungsinvestitionen setzte sich sogar fort. Im Jahresdurchschnitt 2003 wuchs das BIP im Euro-Raum real um nur 0,4%.

Dauer des Booms in den USA unsicher

Verhaltene Konjunkturerholung im Euro-Raum

Für den Euro-Raum bedeutet die Erholung der Weltwirtschaft den einzig nennenswerten Konjunkturimpuls. In der Schwäche der Inlandsnachfrage der letzten drei Jahre spiegelt sich auch das Fehlen einer aktiven EU-Wirtschaftspolitik.

Viele Indikatoren deuten allerdings darauf hin, dass im III. Quartal eine graduelle Erholung der Konjunktur im Euro-Raum in Gang gekommen ist, die nach dem Export allmählich auch die Investitionen und in der Folge andere Komponenten der Binnennachfrage erfassen wird. Die Prognosen der Europäischen Kommission und der Euroframe-Gruppe lassen für das IV. Quartal 2003 und das I. Quartal 2004 eine leichte, aber kontinuierliche Erhöhung des Wirtschaftswachstums erwarten. Im Jahr 2004 könnte das BIP des Euro-Raumes real um 1¾% steigen. Unter der Annahme einer weiterhin verhaltenen Konjunkturerholung ergibt sich für das Jahr 2005 ein Wirtschaftswachstum von 2½%. Die bedeutendsten Kräfte hinter dem Aufschwung in Europa sind die Nachfrageimpulse aus Nordamerika und Asien. Zudem unterstützt der Rückgang der Importpreise die verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte, und die Geldpolitik bremst das Wirtschaftswachstum nicht.

Allerdings wird der Konjunkturaufschwung durch ungünstige Rahmenbedingungen gedämpft. Die anhaltende Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar bildet den wichtigsten bremsenden Faktor. Allein in den letzten drei Monaten erhöhte sich der Wert des Euro gegenüber dem Dollar um mehr als 10%. Der Wechselkurs durchbrach Anfang Dezember die Marke von 1,20 \$ je €, die europäische Währung ist überbewertet. Dies beeinträchtigt den Export und die Investitionen spürbar. Laut Eurogrowth-Indikator wurde das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum im 2. Halbjahr infolge der Euro-Stärke um 0,7 Prozentpunkte verringert. Für die Zwecke der Konjunkturprognose trifft das WIFO technische Wechselkursannahmen. Diese sehen einen Wechselkurs von 1,16 \$ je € im Jahr 2004 und 1,14 \$ je € 2005 vor.

Von der Fiskalpolitik gehen im Euro-Raum keine positiven Impulse zur Bekämpfung der Nachfrageschwäche aus. Auf nationalstaatlicher Ebene trug die Stagnation der letzten drei Jahre wesentlich zum Anstieg der Budgetdefizite bei. Viele Staaten reagierten darauf sogar mit dem Versuch einer Kürzung öffentlicher Ausgaben. Diese Maßnahmen wirkten prozyklisch und dämpften die Inlandsnachfrage zusätzlich. Die jüngste Entscheidung des Ecofin, Deutschland und Frankreich eine längere Frist für die Rückführung der öffentlichen Defizite zu gewähren, ist unter dem Gesichtspunkt der Konjunkturbelebung zu begrüßen. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die Ursachen der Überschreitung der Defizitgrenzen neben der schlechten Konjunktur auch in unangemessenen Steuersenkungen und zu geringer Ausgabendisziplin bei guter Konjunktur zu suchen sind. Die politischen Folgen der Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind noch nicht absehbar.

Der offensichtliche Misserfolg der EU-Wirtschaftspolitik während der Wirtschaftskrise der Jahre 2001 bis 2003 hat neuerlich gezeigt, dass die Koordination der Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten nicht in wünschenswerter Weise funktioniert. Angesichts der geringen Bedeutung und der Starrheit des EU-Budgets ist der Spielraum der Konjunkturpolitik aber auch auf EU-Ebene begrenzt. Die "EU-Wachstumsinitiative" könnte zumindest ein wichtiges Signal dafür geben, dass die Politik einer Stagnation der Wirtschaft nicht nur abwartend gegenübersteht. Eine aktive Wirtschaftspolitik muss dazu beitragen, die Erwartungen von investierenden Unternehmen und konsumierenden Haushalten zu verbessern. Im dritten Jahr der Stagnationsperiode hat der Europäische Rat in Brüssel Mitte Dezember endlich die EU-Wachstumsinitiative beschlossen. Damit stehen für die nächsten Jahre zusätzliche Mittel aus dem EU-Haushalt und von der Europäischen Investitionsbank zur Verwirklichung von grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekten zur Verfügung. Inzwischen sind die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Ziele, die sich die EU im Rahmen der Lissabon-Strategie bis zum Jahr 2010 gesetzt hat, schon weitgehend außer Sicht geraten. Die EU-Wirtschaftspolitik konzentriert sich trotz der in Lissabon vorgenommenen Weichenstellungen zu wenig auf Wachstum, Innovation und Beschäftigung.

Krise der Bauwirtschaft bremste Wachstum in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft litt in den letzten Jahren besonders unter der Krise der Inlandsnachfrage. Die wichtigste Determinante der ausgeprägten Wachstumsschwäche bildete der neuerliche Einbruch der Bauinvestitionen (2001/2003 -15%). Ohne den negativen Beitrag der Bauinvestitionen wäre das deutsche BIP in diesen drei Jahren um ¾% pro Jahr rascher und damit fast gleich schnell gewachsen wie das BIP des Euro-Raumes.

Aufgrund der günstigen preislichen und qualitativen Wettbewerbsfähigkeit profitiert die deutsche Exportwirtschaft besonders von der Erholung des Welthandels. Die Exportindustrie wird den wesentlichen Motor für den Konjunkturaufschwung bilden. Die bis September bzw. Oktober vorliegenden Produktions- und Ausfuhrdaten geben allerdings noch keinen Hinweis auf eine Aufwärtstendenz. Die Inlandsnachfrage bleibt der dämpfende Faktor der Konjunktur in Deutschland. Vereinzelt sind auch günstigere Anzeichen zu beobachten: Die Bauinvestitionen könnten im Jahr 2003 ihren Tiefpunkt erreicht haben, damit würde der wesentliche bremsende Faktor für das Wirtschaftswachstum in Deutschland an Bedeutung verlieren. Der private Konsum dürfte trotz insgesamt weiterhin restriktiver Budgetpolitik im Jahr 2004 um etwa 1% wachsen. Nur die öffentlichen Investitionen werden vor allem im kommunalen Bereich aufgrund der strikten Sparvorgaben weiter schrumpfen. Unter diesen Rahmenbedingungen wird das BIP im Jahr 2004 real um etwa 1¼% zunehmen. Mit der allmählichen Überwindung der Krise in der Bauwirtschaft sollte Deutschland im Jahr 2005 zum durchschnittlichen Wirtschaftswachstum im Euro-Raum aufschließen.

Die deutsche Wirtschaft entwickelte sich in den letzten Jahren besonders ungünstig. Dazu trug der Einbruch der Bauinvestitionen entscheidend bei. In der Bauwirtschaft könnte nun eine langsame Erholung einsetzen. Damit würde mittelfristig das Wirtschaftswachstum in Deutschland wieder zum Durchschnitt des Euro-Raumes aufschließen.

Die Wirtschaft jener EU-Länder, die nicht an der Währungsunion teilnehmen (Großbritannien, Schweden und Dänemark), wuchs in den letzten Jahren rascher als die des Euro-Raumes. Dies hängt nicht direkt mit der gemeinsamen Währung zusammen, spiegelt aber eine differenzierte Sichtweise in Bezug auf eine aktive Wirtschaftspolitik und den größeren Spielraum der Fiskalpolitik wider. Hohe Investitionen und Konsumausgaben des öffentlichen Sektors erwiesen sich als wichtige Elemente einer Politik der Konjunkturstabilisierung.

Günstigere Wachstumsbedingungen außerhalb der Währungsunion

Die zehn Beitrittsländer haben großes Potential für ein rasches Wirtschaftswachstum. Ihr BIP pro Kopf beträgt zu laufenden Wechselkursen nur etwa 20% des Durchschnitts der EU 15, zu Kaufkraftparitäten gut 40%. Allerdings kam der Aufholprozess in der Vergangenheit nur sehr langsam voran: In den letzten sieben Jahren wuchs die Wirtschaft in den Beitrittsländern um nur 1 Prozentpunkt pro Jahr rascher als in der EU 15. Vor allem die Finanzierungsprobleme der hohen Leistungsbilanzdefizite erforderten immer wieder restriktive budget- und geldpolitische Maßnahmen. In Polen hat die Wirtschaftspolitik jüngst einen weniger restriktiven Kurs eingeschlagen, das BIP der Beitrittsländer expandierte im Jahr 2003 real um knapp 3%. Hingegen zeichnet sich in Ungarn, einem der wichtigsten Handelspartner Österreichs, eine durch eine drastische Zinserhöhung ausgelöste Wachstumsdämpfung ab. Mit einer Konjunkturerholung im Euro-Raum, die auch eine Steigerung der Importe nach sich zieht, werden zusätzliche Wachstumsimpulse in den neuen Mitgliedsländern wirksam. Für einen erfolgreichen Aufholprozess bedarf es allerdings einer viel stärkeren Ausweitung öffentlicher und privater Investitionen aus der EU in den Beitrittsländern.

Die österreichische Wirtschaft wuchs im Jahr 2003 real um 0,7%. Die Konjunkturstationation hielt zweieinhalb Jahre und damit ungewöhnlich lange an. Anders als in den zwei Jahren zuvor stabilisierte die Inlandsnachfrage 2003 die Konjunktur. Die Bauinvestitionen zogen aufgrund der regen Auftragsvergabe für Schienen- und Straßeninfrastrukturbauten an. Auch die Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich günstiger; dies war noch keine Folge der Konjunkturerholung, sondern von Steueranreizen zum Vorziehen von Anschaffungen. Konsum und Einzelhandel stiegen zwar markant langsamer als im langjährigen Durchschnitt, aber doch merklich kräftiger als das BIP. Aufgrund der Schwäche der Inlandsnachfrage bei den Handelspartnern wuchs der heimische Warenexport real um höchstens 2%, die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung lag kaum über dem Niveau des Vorjahres.

Gedämpfter Konjunkturaufschwung in Österreich

Impulse für eine Erholung der Konjunktur können jetzt aber primär vom Export erwartet werden, denn die Budgetpolitik wird im Jahr 2004 leicht restriktiv orientiert sein. In der exportorientierten Sachgütererzeugung zeichnet sich in den Erwartungen der Unternehmer deutlich ein Aufschwung ab. Laut WIFO-Konjunkturtest verbesserte sich die Stimmung seit September, ähnlich wie im Euro-Raum und in Deutschland, markant. Zwar liegen noch keine rezenten Produktions- und Exportdaten vor, die die Konjunkturerholung bestätigen könnten, die Ergebnisse der WIFO-Konjunkturumfrage

Viele Indikatoren deuten auf eine allmähliche Überwindung der fast dreijährigen Stagnation in Österreich hin. Der Konjunkturaufschwung ist von einer weiteren Zunahme der Nachfrage wichtiger Handelspartner abhängig. Im Jahr 2005 könnte das Wirtschaftswachstum den langjährigen Durchschnitt von real +2¼% pro Jahr erreichen.

gen weisen allerdings darauf hin, dass die Produktion in der Sachgütererzeugung seit dem Herbst anzieht.

Unter den Rahmenbedingungen eines exportinduzierten Konjunkturaufschwungs, der allmählich auf die Ausrüstungsinvestitionen und die anderen Komponenten der Inlandsnachfrage übergreift, prognostiziert das WIFO für das Jahr 2004 ein Wirtschaftswachstum von real 1,7%. In einem ersten, noch mit erheblicher Unsicherheit verbundenen Ausblick für das Jahr 2005 wird ein Anstieg des BIP um 2½% erwartet. Das WIFO bleibt in seiner Einschätzung vorsichtig, die prognostizierte Dynamik ist schwächer als in vergangenen Zyklen. Eine kräftige Belebung der Gesamtnachfrage der europäischen Handelspartner würde in stärkeren Wachstumsraten des österreichischen BIP resultieren.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Land- und Forstwirtschaft	4,68	4,49	4,49	4,49	+5,7	-4,0	±0,0	±0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	40,81	40,93	42,16	44,06	+0,5	+0,3	+3,0	+4,5
Energie- und Wasserversorgung	5,85	5,91	5,97	6,03	+5,3	+1,0	+1,0	+1,0
Bauwesen	13,48	13,71	13,95	14,21	-0,5	+1,7	+1,7	+1,9
Handel ²⁾	24,78	25,18	25,71	26,32	+1,2	+1,6	+2,1	+2,4
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7,42	7,52	7,68	7,87	+2,4	+1,3	+2,2	+2,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,49	14,63	14,85	15,15	+1,5	+1,0	+1,5	+2,0
Kreditinstitute und Versicherungen	13,64	13,60	13,73	13,94	+0,1	-0,3	+1,0	+1,5
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	29,59	30,03	30,63	31,55	+2,1	+1,5	+2,0	+3,0
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	10,76	10,68	10,63	10,57	-0,4	-0,8	-0,5	-0,5
Sonstige Dienstleistungen	25,48	25,84	26,23	26,75	+1,2	+1,4	+1,5	+2,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	190,99	192,53	196,03	200,95	+1,2	+0,8	+1,8	+2,5
Bruttoinlandsprodukt	201,17	202,68	206,21	211,14	+1,4	+0,7	+1,7	+2,4

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Zur Vorsicht veranlassen zwei Faktoren: Zum ersten gewinnt der Euro gegenüber dem Dollar seit einigen Monaten kräftig an Wert. Angesichts der hohen Volatilität der Devisenkurse ist eine an Fundamentalfaktoren orientierte Prognose schwierig. Eine weitere Verschärfung der Überbewertung des Euro würde Export und Investitionen im Euro-Raum und in Österreich jedenfalls dämpfen. Damit ist ein Abreißen des Konjunkturaufschwungs ähnlich der Entwicklung im Jahr 2002 nicht ganz auszuschließen. Zum zweiten ist die Fiskalpolitik im Euro-Raum auch in den kommenden Jahren auf Konsolidierung orientiert. Steuererhöhungen und die Kürzung von Staatsausgaben dämpfen kurzfristig das Wachstum der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, die Absatzerwartungen der Unternehmen und damit auch das Wirtschaftswachstum.

Die WIFO-Konjunkturprognose sieht für das Jahr 2005 keine Steuersenkung vor, da die Details über Ausmaß und Struktur der geplanten Reform noch nicht ausreichend bekannt sind. Nimmt man an, dass die beabsichtigte Nettoentlastung um 2½ Mrd. € sich zu drei Vierteln auf die Lohn- und Einkommensteuer und zu einem Viertel auf die Körperschaftsteuer bezieht und zum weitaus überwiegenden Teil nicht durch Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen, sondern durch einen Anstieg des Budgetdefizits finanziert wird, so könnte sich das Wirtschaftswachstum kurzfristig zusätzlich um gut ½ Prozentpunkt erhöhen. Eine genauere Abschätzung der kurz- und mittelfristigen Wachstumseffekte wird das WIFO allerdings erst nach Vorliegen der Details der Steuerreform vornehmen.

Österreichs Warenexporte lagen laut Außenhandelsstatistik von Jänner bis September nominell etwas über dem Niveau des Vorjahres. Selbst wenn die jüngsten Monatswerte nach oben revidiert werden, spiegelt sich darin noch keine Tendenz zur Erholung. Die Nachfrage aus dem EU-Binnenmarkt war schwach. Die Ausfuhr nach Ost-Mitteuropa (insbesondere nach Tschechien) erholte sich in den Sommermonaten, dennoch verlieren die österreichischen Betriebe in den Beitrittsländern Marktanteile. Hingegen wächst die Nachfrage aus Südosteuropa kräftig, in dieser Region werden auch Marktanteilsgewinne verbucht.

Im Jahresdurchschnitt 2003 nahm der Warenexport gegenüber dem Vorjahr real um höchstens 2% zu. In den Jahren 2003 und 2004 ist – vor allem bedingt durch die Verschlechterung des real-effektiven Wechselkurses für Industriewaren – noch mit geringen Marktanteilsverlusten zu rechnen. Dennoch ist die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft weiterhin günstig. Die relativen Lohnstückkosten gegenüber den Handelspartnern haben sich zwar 2003 wechselkursbedingt um knapp 2% erhöht, sie sind aber immer noch um etwa 10% geringer als Ende der neunziger Jahre.

Übersicht 4: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf ¹⁾	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,7
Vollzeitäquivalent	+ 2,6	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,5	+ 3,0
Realeinkommen pro Kopf ¹⁾						
Brutto	+ 1,0	- 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,3
Netto	+ 1,6	- 1,1	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,1
Nettomasseneinkommen, nominell	+ 4,5	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,3	+ 3,2
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	- 0,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,3
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	- 5,0	+ 1,6	- 0,7	+ 0,2	- 0,7	- 0,8
Relative Lohnstückkosten ²⁾						
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 6,0	- 0,4	- 0,7	+ 1,8	- 1,1	- 1,6
Gegenüber Deutschland	- 2,3	+ 0,1	- 0,5	+ 0,3	- 1,1	- 1,4
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 3,0	+ 0,4	- 0,2
Real	- 3,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,3	+ 0,1	- 0,3

¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die heimische Exportindustrie sollte von der bevorstehenden Nachfrageerholung bei westeuropäischen Handelspartnern merklich profitieren. Das Wachstum des Warenexports könnte sich auf real 5% im Jahr 2004 und 7% 2005 beschleunigen. Allerdings erlaubt die Aufwertung des Euro keine Anhebung der Exportpreise.

Die Warenimporte stiegen im Jahr 2003 (real +3¼%) deutlich kräftiger als der Export. Dazu dürften vor allem die Impulse im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen beigetragen haben, die einen Importgehalt von etwa 60% aufweisen. Die Aufwertung des Euro drückt die Importpreise merklich. Die Terms-of-Trade verbessern sich etwas. Die Handelsbilanz verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr leicht und weist einen Abgang von ½ Mrd. € auf. Die Belebung von Warenexport und Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2004 und 2005 zieht eine beträchtliche Ausweitung der Importe nach sich.

Laut vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stiegen die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich sonstiger Anlagen im II. und III. Quartal 2003 gegenüber dem Vorjahr real um etwa 5%. Vor allem die Anschaffung von Fahrzeugen zog kräftig an, aber auch Maschinen und Elektrogeräte wurden von den Unternehmen vermehrt nachgefragt. Die Steigerung der Ausrüstungsinvestitionen ist deutlich stärker, als unter den Rahmenbedingungen schwacher Kapazitätsauslastung zu

Anstieg des Exports trotz rückläufiger Marktanteile

Der Aufschwung der Weltwirtschaft und die Konjunkturerholung bei wichtigen Handelspartnern beschleunigen das Wachstum der österreichischen Exporte. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exporteure ist gemessen an den Lohnstückkosten in Relation zu den Handelspartnern günstig, wird kurzfristig aber von der Stärke des Euro gedämpft. Dies hat leichte Marktanteilsverluste zur Folge.

Kräftige Erhöhung der Ausrüstungsinvestitionen

erwarten gewesen wäre. Sie ist ein Ergebnis von Nachholeffekten nach dem Investitionsrückgang seit zwei Jahren und von steuerlichen Anreizen, Investitionen vorzuziehen. Im "Konjunkturpaket" vom November 2003 wurde die Investitionszuwachsprämie bis Ende 2004 verlängert. Dies wird die Investitionstätigkeit auch Ende 2004 stützen; allerdings dürften Mitnahmeeffekte dominieren, denn zu diesem Zeitpunkt sollten die wesentlichen Impulse für eine Ausweitung der Investitionen schon von der Konjunkturerholung kommen. Das WIFO rechnet mit einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2003 und 2004 um etwa 3½% bis 4%, für 2005 kann eine weitere Beschleunigung des Wachstums angenommen werden.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	149,45	151,10	153,16	155,60	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6
Private Haushalte ¹⁾	112,80	114,26	116,32	118,76	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,1
Staat	36,66	36,84	36,84	36,84	+ 0,1	+ 0,5	± 0,0	± 0,0
Bruttoinvestitionen	45,46	46,74	47,88	49,90	- 3,3	+ 2,8	+ 2,4	+ 4,2
Bruttoanlageinvestitionen	44,80	45,93	47,19	48,98	- 2,8	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,8
Ausrüstungen ²⁾	20,23	20,94	21,78	23,09	- 5,2	+ 3,5	+ 4,0	+ 6,0
Bauten	24,57	24,98	25,41	25,89	- 0,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9
Vorratsveränderung ³⁾	0,66	0,81	0,69	0,92				
Statistische Differenz	0,03	0,00	0,00	0,00				
Inländische Verwendung	194,94	197,84	201,04	205,50	+ 0,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,2
Exporte	111,19	112,29	117,64	125,09	+ 3,7	+ 1,0	+ 4,8	+ 6,3
Reiseverkehr	10,54	10,74	11,06	11,43	+ 1,9	+ 1,9	+ 3,0	+ 3,4
Minus Importe	104,96	107,46	112,47	119,44	+ 1,2	+ 2,4	+ 4,7	+ 6,2
Reiseverkehr	8,08	8,16	8,32	8,53	- 4,0	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,5
Bruttoinlandsprodukt	201,17	202,68	206,21	211,14	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,4
Nominell	218,33	223,87	230,94	239,85	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,9

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Erholung der Industriekonjunktur

Datenmangel erschwert die Analyse rund um den Wendepunkt im Konjunkturzyklus. Die WIFO-Konjunkturumfragen deuten auf eine Erholung der Industriekonjunktur seit Herbst 2003 hin. Diese sollte sich, gestützt von steigender Nachfrage aus dem Ausland, in den kommenden zwei Jahren merklich beschleunigen.

Übersicht 6: Produktivität

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Gesamtwirtschaft</i>						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,4
Erwerbstätige ¹⁾	+ 0,8	+ 0,6	- 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,0
Vollzeitäquivalent	+ 1,0	+ 0,6	- 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,8
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 2,6	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,4
Vollzeitäquivalent	+ 2,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,6
<i>Sachgütererzeugung</i>						
Produktion ²⁾	+ 6,5	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 3,0	+ 4,5
Beschäftigte ³⁾	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 1,9	- 0,5	+ 0,2
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 6,6	+ 1,6	+ 3,8	+ 2,8	+ 3,5	+ 4,0
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	- 0,1	- 0,4	- 0,7	- 0,5	± 0,0	+ 0,3

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Die Beurteilung der Konjunktur in der Sachgütererzeugung ist derzeit besonders schwierig, da Statistik Austria bislang nur Produktionswerte bis Juni 2003 vorgelegt hat. Rezenterer Daten für die Industriekonjunktur liefert der WIFO-Konjunkturtest. Die Unternehmensbefragung lässt erkennen, dass die Produktion bis zum Sommer ungünstig verlief, seit September dürfte sie sich aber deutlich verbessert haben. Die vorläufigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigen einen Rückgang der realen Wertschöpfung gegenüber dem Vorjahr um 2% im 1. Halbjahr und einen Zuwachs von gut 1% im III. Quartal. Für das gesamte Jahr 2003 erwartet das WIFO eine Stagnation der Sachgütererzeugung auf dem Niveau von 2002. Steigende Nachfrage aus dem Ausland sollte in den kommenden Jahren allerdings eine merkliche Beschleunigung des Produktionswachstums erlauben, es könnte 2004 real +3% und 2005 +4½% erreichen. Die Unternehmen der Sachgütererzeugung verlieren

markant an Beschäftigung, erst mit einer kräftigen Produktionsausweitung könnte im Jahr 2005 eine Stabilisierung des Arbeitskräftebestands gelingen. Die Zunahme der Stundenproduktivität wird sich dann wieder auf 4% pro Jahr erhöhen.

Der Leistungsbilanzüberschuss dürfte im Jahr 2003 etwas niedriger ausgefallen sein als im Jahr zuvor, Daten nach dem Accrual-Prinzip liegen allerdings erst für das 1. Halbjahr vor. Die lebhaften Warenimporte vor allem von Investitionsgütern hatten eine Verschlechterung der Handelsbilanz zur Folge. Hingegen verbessert sich der Saldo der Reiseverkehrsbilanz. Das Wachstum des Reiseverkehrsexports beschleunigt sich nach real knapp +2% im Jahr 2003 in den folgenden Jahren auf +3%. Die Dämpfung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Aufwertung des Euro wird mehr als ausgeglichen durch die positiven Impulse von einer Verbesserung der Wirtschafts- und Einkommenslage in den wichtigsten Herkunftsländern. Zusammen mit der günstigeren Einkommenssituation im Inland gibt dies auch Anlass zu Optimismus für das Beherbergungs- und Gaststättenwesen. Die Wertschöpfung dürfte in den Jahren 2004 und 2005 real um mehr als 2% steigen. Die Reiseverkehrausgaben der Österreicher im Ausland brachen im Jahr 2002 ein (real -4%). Sie erholen sich nun allmählich.

Die Bauwirtschaft wuchs im Jahr 2003 merklich rascher als die Gesamtwirtschaft, die Wertschöpfung war real um 1¼% höher als im Vorjahr. Das ist primär das Ergebnis einer Beschleunigung des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur. Die Ausweitung des Finanzierungsrahmens für Asfinag und SCHIG erlaubte eine kräftige Anhebung der öffentlichen Bauinvestitionen, ohne kurzfristig das Budget zu belasten. Die Bauaktivitäten im Infrastrukturbereich halten auch 2004 und 2005 ein hohes Niveau, allerdings flachen die Zuwachsraten ab.

Hingegen gewinnt die Bautätigkeit im Wohnbau an Dynamik. Die letzten Jahre waren von einem nachfragebedingten Rückgang der Zahl der fertig gestellten Wohnungen von fast 60.000 im Jahr 1999 auf nur noch 42.000 im Jahr 2002 geprägt. Seit mehreren Quartalen zieht die Nachfrage nach Wohnungen wieder an, die Zahl der Baubewilligungen stieg, und die Unternehmen des Hochbaus zeigen sich im WIFO-Konjunkturtest deutlich optimistischer. Zusätzlicher Bedarf an geförderten Wohnungen entsteht vor allem durch die verstärkte Zuwanderung. Die Wohnbautätigkeit wird deshalb 2004 und 2005 wieder verstärkt. Im sonstigen Hochbau sind unterschiedliche Tendenzen festzustellen: An Büroraum bestehen erhebliche Überkapazitäten, die einen heftigen Qualitätswettbewerb zur Folge haben. Der Neubau entwickelt sich schwächer. Hingegen sollte der Industriebau im Zuge der allgemeinen Konjunkturerholung und der verstärkten Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen zunehmen. Für die Bauwirtschaft insgesamt rechnet das WIFO für die Jahre 2004 und 2005 mit einem Wachstum von real knapp 2%.

Im Handel lag die Wertschöpfung laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung in den ersten drei Quartalen 2003 real um 1,6% über dem Vorjahresniveau. Überdurchschnittlich expandierte sie im Großhandel, der von der regen Investitionstätigkeit profitierte. Der Einzelhandel blieb unter den Erwartungen, er nahm um weniger als 1% zu. Wegen der ungewöhnlich großen Differenz zwischen realen und nominellen Werten erscheinen die Daten allerdings unsicher. Für das Jahr 2003 rechnet das WIFO mit einer Ausweitung der Wertschöpfung im Handel um 1,6%. Mit der Erholung der Konjunktur in den kommenden zwei Jahren sollte sich auch die Situation im Handel verbessern, ein Zuwachs von real gut 2% scheint möglich.

Wie die Einzelhandelsumsätze entwickelte sich auch der private Konsum ungünstig. Er überstieg das Vorjahresniveau 2003 um nur 1,3%; das Wachstum blieb damit im dritten Jahr in Folge markant unter dem langjährigen Durchschnitt, obwohl die verfügbaren Realeinkommen um gut 1½% expandierten. Die Sparquote dürfte sich um etwa ½ Prozentpunkt auf knapp 8% der verfügbaren persönlichen Einkommen erhöht haben. Auch für die kommenden zwei Jahre wird mit einem leichten Anstieg der Sparquote gerechnet, sie nähert sich allmählich dem Niveau vor der Wirt-

Ausgeglichene Leistungsbilanz, Verbesserung im Reiseverkehr

Stabiles Wachstum der Bauwirtschaft

Nach dem Tiefbau kommt nun auch im Wohnbau eine Belebung in Gang. Im Zuge der Konjunkturerholung sollte sich der Industriebau ebenfalls wieder lebhafter entwickeln. Die Bauwirtschaft expandiert in den kommenden zwei Jahren jeweils real um knapp 2%.

Erholung des Konsums trotz steigender Sparquote

schaftskrise der letzten Jahre. Diese Tendenz geht auch auf die Zunahme der Aufwendungen zur Pensionsvorsorge in der zweiten und dritten Säule zurück. Die Erholung der verfügbaren Einkommen sollte dennoch ein Wachstum der Konsumausgaben der privaten Haushalte um real etwa 2% erlauben. Im Zuge der Konjunkturerholung sollte die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern überproportional expandieren.

Die seit drei Jahren andauernde Schwäche der Konsumnachfrage der privaten Haushalte wird nur allmählich überwunden. Ein Anstieg von Beschäftigung und Einkommen bildet die Voraussetzung für eine Ausweitung der Konsumausgaben. Die Sparquote am verfügbaren persönlichen Einkommen ist in der Wirtschaftskrise merklich zurückgegangen, nun steigt er wieder auf 8½%. Dies ist auch durch höhere Aufwendungen für private Pensionsvorsorge bedingt.

Übersicht 7: Konsum, Einkommen und Preise

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,1
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,9	+ 1,8	+ 3,6	+ 0,5	+ 3,2	+ 4,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 3,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 3,1	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,3
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	8,3	7,4	7,4	7,9	8,3	8,5
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,8
	In %					
Inflationsrate						
National	2,3	2,7	1,8	1,3	1,2	1,4
Harmonisiert	2,0	2,3	1,7	1,2	1,1	1,3
Kerninflation ³⁾	0,9	2,3	2,0	1,3	1,1	1,4

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Das Kredit- und Versicherungswesen litt in der Stagnationsphase der letzten drei Jahre unter der verhaltenen Einkommens- und Investitionsentwicklung, die Wertschöpfung war im Jahr 2003 real um gut 1% niedriger als im Jahr 2000. Die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung bauten merklich Beschäftigung ab, die Umsätze wuchsen verhalten. Im Zuge der Konjunkturbelebung sollten sich diese Branchen allerdings in den kommenden zwei Jahren erholen und Zuwachsraten von 1½% bis 2% erreichen. Auch das Realitätenwesen dürfte bei einer günstigeren Baukonjunktur und einer dynamischen Ausweitung der Nachfrage nach unternehmensnahen Dienstleistungen zu gewohnten Wachstumsraten zurückkehren.

Anhaltende Preisstabilität

Die Inflationsrate verharrt in den Jahren 2003 und 2004 auf dem niedrigen Stand von 1¼%. Im Jahr 2005 könnte die Konjunkturbelebung den Preisauftrieb etwas erhöhen, die Preisstabilität bleibt allerdings auch dann gewahrt.

Der Preisauftrieb liegt schon seit geraumer Zeit unter 2%, im Oktober stieg der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr um nur 1,0%. Anzeichen für das Entstehen von Inflation sind nicht zu erkennen. Die Stärke des Euro dämpft die Einfuhrpreise von Energie merklich. Trotz der deutlichen Erhöhung der Energiesteuern mit Jahresbeginn 2004, die die Inflationsrate insgesamt um etwa ¼ Prozentpunkt anheben wird, werden deshalb die Energiepreise auf Verbraucherebene um nur 2% steigen. Nahrungsmittel und Getränke, deren Preise zuletzt kräftiger als der Durchschnitt des Warenkorb stiegen, dürften sich 2004 wieder verhalten verteuern. Aufgrund des Rückgangs der Lohnstückkosten in der Sachgütererzeugung und der Importkosten sind die Preise der industriell-gewerblichen Waren stabil. Die mäßigen Lohnabschlüsse geben auch im Dienstleistungssektor kaum Anlass zu Preiserhöhungen.

Die seit nunmehr zweieinhalb Jahren anhaltende Konjunkturlaute hat erhebliche negative Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist seit Jänner 2001 von 5,6% der unselbständigen Erwerbspersonen auf zuletzt 7,2% gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen nahm damit in diesem Zeitraum saisonbereinigt um 58.000 zu. Dazu kommt die Ausweitung der Gruppe von Arbeitssuchenden, die aufgrund der Teilnahme an Schulungen nicht als arbeitslos gezählt werden. Eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt im Sinn eines Rückgangs der Arbeitslosigkeit zeichnet sich bis 2005 nicht ab. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Durchschnitt des Jahres 2004 etwa 243.000 erreichen und 2005 auf diesem Niveau verharren. Damit beträgt die Arbeitslosenquote gut 7% der unselbständigen Erwerbspersonen oder 4,5% der Erwerbspersonen laut Eurostat.

Kein Rückgang der Arbeitslosigkeit absehbar

Die Konjunkturerholung schlägt sich mit der bekannten Zeitverzögerung in einem Anstieg der Zahl der aktiv Beschäftigten nieder. Aufgrund der starken Steigerung des Angebotes an ausländischen Arbeitskräften sinkt die Arbeitslosigkeit allerdings bis 2005 nicht.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 30,8	+ 15,1	- 11,2	+ 10,5	+ 20,7	+ 32,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 28,9	+ 13,6	- 14,6	+ 7,5	+ 17,5	+ 29,5
Veränderung gegen das Vorjahr	<i>in %</i>					
Inländer	+ 15,5	+ 4,2	- 19,7	- 9,0	± 0,0	+ 10,5
Ausländische Arbeitskräfte	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 16,5	+ 17,5	+ 19,0
Selbständige ³⁾	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,2
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 27,0	+ 27,5	+ 27,0	+ 29,1	+ 11,7	- 4,0
15- bis 59-Jährige	- 16,5	- 13,8	- 1,2	+ 12,3	+ 14,3	+ 26,3
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 3,4	+ 24,7	+ 17,3	+ 18,0	+ 24,3	+ 32,2
Überschuss an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,5	+ 3,6	- 0,5
Stand	<i>in 1.000</i>					
Arbeitslosenquote	194,3	203,9	232,4	239,9	243,5	243,0
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	3,7	3,6	4,3	4,5	4,5	4,5
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,3	5,5	6,2	6,3	6,3	6,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	5,8	6,1	6,9	7,0	7,1	7,0
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	63,5	63,5	63,0	62,8	63,1	63,7
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾	68,5	68,5	69,3	69,3	69,4	69,5

1) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – 2) Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 3) Laut WIFO. – 4) Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – 5) Laut Arbeitsmarktservice. – 6) In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – 7) In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Das anhaltend hohe Niveau der Arbeitslosigkeit kann allerdings nicht zum Anlass genommen werden, den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Entwicklung des Arbeitsmarktes in Frage zu stellen. Die Konjunkturerholung hat eine merkliche Zunahme der Zahl der aktiv Beschäftigten um gut ½% im Jahr 2004 und 1% im Jahr 2005 zur Folge. Die Zahl der aktiv Beschäftigten umfasst allerdings auch jene Bezieher von Altersteilzeitgeld, die bereits geblockt ihre Freizeitphase in Anspruch nehmen, aber noch im Beschäftigtenstand der Unternehmen aufscheinen, sowie jene Arbeitslosen, die an längeren Schulungen teilnehmen.

Trotz steigender Zahl der Beschäftigten geht die Arbeitslosigkeit nicht zurück. Die Ursache dieses Phänomens liegt in der enormen Ausweitung des Angebotes an ausländischen Arbeitskräften: Es steigt in den Jahren 2003 bis 2005 um fast 20.000 pro Jahr. Darin spiegeln sich zum ersten die Erleichterung des Zugangs zum legalen Arbeitsmarkt für ausländische Frauen und Jugendliche, die schon länger als vier bis fünf Jahre in Österreich leben, zum zweiten die großzügigere Handhabung der Saisonierregelungen.

Der Finanzierungssaldo des Staates verschlechterte sich 2003 deutlich, das Defizit dürfte 0,9% des BIP betragen haben. Darin spiegelt sich zum einen die konjunkturbedingte Abflachung des Einnahmenwachstums. Vor allem das Aufkommen an Gewinnsteuern blieb deutlich hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Zum anderen stie-

Leichte Verbesserung des Budgetsaldos im Konjunkturaufschwung

gen die Staatsausgaben relativ kräftig. Das betrifft besonders die Aufwendungen für das Kinderbetreuungsgeld und die Altersteilzeit. Die hohen Kosten dieser beiden Programme und das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit lassen auch für 2004 und 2005 keine Entlastung im Bereich der monetären Sozialleistungen erwarten. Allerdings dürfte sich mit einer Erholung von Einkommen, Beschäftigung und Konsumnachfrage das Abgabenaufkommen beleben. Vor allem die direkten Steuern sollten nach zwei Jahren des Einnahmerückgangs wieder einen Zuwachs bringen. Das Passivum im Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors dürfte auch im Jahr 2004 knapp 1% des BIP betragen.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	- 1,5	+ 0,3	- 0,1	- 0,9	- 0,9	- 0,6
Laut VGR	- 1,6	+ 0,1	- 0,4	- 1,0	- 1,0	- 0,6
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 2,2	+ 3,8	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,6
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	4,4	4,3	3,3	2,3	2,1	2,1
Sekundärmarkttrendite ²⁾	5,6	5,1	5,0	4,2	4,3	4,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Effektiver Wechselkursindex						
Nominell	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,2	+ 0,5	- 0,1
Real	- 3,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 2,3	+ 0,1	- 0,4

¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Für das Jahr 2005 ist eine Steuerreform geplant, die laut Ankündigungen der Bundesregierung mit einer Nettoentlastung der Steuerzahler von 2½ Mrd. € verbunden sein wird. Die Struktur der Steuerreform ist allerdings derzeit noch nicht bekannt. Ohne Berücksichtigung der geplanten Steuersenkung würde im Jahr 2005 das Finanzierungsdefizit des Staates auf gut ½% des BIP zurückgehen. Die bisher vorliegenden Ankündigungen lassen erkennen, dass die Steuersenkung primär über eine Ausweitung des Budgetdefizits finanziert werden soll. Dies würde den Finanzierungssaldo um knapp 1% des BIP verschlechtern.